



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0836390

P/XVI/205 - 11. September 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>14. September - auch ein Stichtag</u> Von Brentano in New York auf einem Bein	67
2	<u>Prüft alles - entscheidet Euch für das Beste!</u> Deutsche Sozialdemokratie und der Hirtenbrief der katholischen Bischöfe	52
3	<u>Internationaler Eierschutz tut not!</u> Von Heinrich G. Ritzel, MdB	51
4 - 5	<u>Die Versäumnisse der Finanzpolitik</u> Nach 12 Jahren hat die CDU-Regierung immer noch keine Konzeption für eine Haushaltsreform Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	99
6 - 7	<u>Die Revolution im Asien der Asiaten (II)</u> Von Erwin Erasmus Koch	98

* * *
* *

14. September = auch ein Stichtag

Von Brentano in New York auf einem Bein

G.M. - Naturgemäss verdrängt die letzte Woche des Wahlkampfes die Erinnerung an einen anderen wichtigen Tag, an den 14. September. An diesem Tage werden sich in New York die Aussenminister der USA, Grossbritannien, Frankreichs und der Bundesrepublik treffen, um zu versuchen, in der ausserordentlich schwierigen internationalen Situation die Verhandlungsgrundlagen des Westens für ein möglicherweise am 19. September stattfindendes Gespräch mit dem sowjetischen Aussenminister Gromyko auszuarbeiten.

Erich Gillemeier sagte dazu, jetzt erst recht dürften die Deutschen - trotz der Wahlkampagne! - der Welt nicht weiter das Schauspiel bieten, als wenn sie im Augenblick nichts Wichtigeres zu tun hätten, als sich gegenseitig aus parteipolitischen Motiven die Köpfe einzuschlagen.

Willy Brandt hat am Freitag vergangener Woche in der Dortmunder Westfalenhalle auf den Ernst der Stunde hingewiesen und uns alle daran erinnert, dass wir in den grossen Fragen des Schicksals unserer Nation zusammenstehen müssen. Er hat deutlich gemacht, was eine von Sozialdemokraten geführte Regierung im Interesse der Erhaltung des Friedens und der Einleitung einer Entspannungspolitik für notwendig zu tun hält.

Das Eck bei der CDU/CSU auf diesen Appell von Willy Brandt war bisher lamentabel. Anstatt kühl und sachlich zu untersuchen, ob die sozialdemokratischen Vorschläge zur Sicherung des Friedens von allen Parteien gemeinsam vertreten werden können, setzt man bei der CDU/CSU Landauf Landab die hemmungslose Auseinandersetzung fort und bietet damit unseren Freunden im Westen, aber auch Chruschtschow und Ulbricht das beschämende Schauspiel der inneren Zerrissenheit. Mit Plakaten, durch Zeitungsannoncen und andere "Werbemittel" wird der Eindruck zu erwecken versucht, als gehörten Chruschtschow und Ulbricht zu den Mitspielern im deutschen Wahlkampf.

- * Deswegen erinnern wir an das Datum vom 14. September. Bundesaus-
- * sserminister Heinrich von Brentano wird an diesem Tage in New York
- * auf einem Bein stehen müssen; er darf nur die in den letzten Zügen
- * liegende Aussenpolitik seines Bundeskanzlers vertreten.

Es hat bis zur Stunde keine gemeinsame Beratung der Parteien des Bundestages über die Möglichkeiten einer wirkungsvollen deutschen Politik gegeben, die unseren westlichen Verbündeten vorzuschlagen wäre. Bundeskanzler Adenauer hat zwar mit dem Sowjetbotschafter Smirnow gesprochen, aber der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, wurde über den Inhalt dieses Gespräches nicht unterrichtet.

Während in den Vereinigten Staaten die beiden grossen demokratischen Parteien ihre besten Männer aufrufen, um sie unter Führung des Präsidenten zu einer gemeinsamen Willensbildung in der Überwindung der gegenwärtigen internationalen Krise anzuspornen, ist der deutsche Beitrag zur Lösung der jetzt anstehenden Probleme von parteigegristischen Überlegungen der CDU/CSU diktiert.

Vergessen ist die von allen Parteien des Bundestages gebilligte Erklärung des Bundestagspräsidenten Dr. Eugen G e r s t e n m a i e r vom 30. Juni 1961. Vergessen ist der e i n s t i m m i g vom Bundestag am 1. Oktober 1958 in Berlin gefasste Beschluss, durch den die Bundesregierung aufgefordert wird, "jede Verhandlung zu unterstützen, die Wege zu einem unmittelbaren freien Willensentscheid des gesamten deutschen Volkes eröffnet, sobald eine Vereinbarung der vier Mächte diese Möglichkeit erschlossen hat."

Wir wissen, dass sich die CDU/CSU bemühen wird, in Form von Proklamationen alle mit diesen Problemen zusammenhängenden Fragen so darzustellen, als seien sie "deutsche Politik". In Wirklichkeit jedoch ist nichts Entscheidendes vorbereitet; alte längst verbrauchte Schlagworte werden wiederholt, um die Unsicherheit und Ausweglosigkeit der Adenauer-Politik zu verschleiern.

Hier manifestiert sich bis zur letzten Weige der alte Stil, der in der Vergangenheit haftenden Politik Adenauers und eines Teiles seiner politischen Freunde. Der 14. September ist deshalb ein Verschalteldatum für den 17. September. An diesem Tage sind die Deutschen im freien Teil unseres Vaterlandes aufgerufen, die Vergangenheit zu überwinden, Parteigegristus und Parteienherrschaft in die Ecke zu stellen und den Weg zu einer grossen Gemeinschaftsleistung zu ebnen..

Prüfat alles - entscheidet euch für das Beste!

ler. Die beiden grossen christlichen Konfessionen gehören heute noch zu den wenigen Klammern, die den Zusammenhalt unseres Volkes darstellen. In dem von Ulbricht beherrschten Teil Mitteldeutschlands sind sowohl die evangelische als auch die katholische Kirche in ihrer Existenz bedroht, sie bekommen die volle Wucht eines Terrors zu spüren, der keinerlei Rücksicht auf die besondere Stellung der Kirchen in Staat und Gesellschaft nimmt. Das kommunistische Regime missachtet deren Öffentlichkeitsauftrag, es beschränkt die Tätigkeit katholischer und evangelischer Priester und hindert sie, zur Beratung in Glaubensfragen zusammenzukommen. Die durch den 13. August vollzogene vertiefte Spaltung unseres Vaterlandes steigert die Bedrängnis beider Kirchen fast ins Unerträgliche; nicht einmal ein Hitler hat es gewagt, in die geheiligten Rechte der katholischen Kirche so einzugreifen wie es Ulbricht mit seinem schändlichen Verbot der Teilnahme katholischer Bischöfe aus Mitteldeutschland an der Fuldaer Bischofskonferenz tat.

Die Not beider Kirchen ist heute die Not des durch Willektir gespaltenen deutschen Volkes. Die katholischen Bischöfe stellten in ihrem am letzten Sonntag von allen Kanzeln verlesenen Hirtenbrief mit grossem Ernst die eindringliche Frage, ob unserem Volk die ersuchte Wiedervereinigung auf die Dauer versagt bleiben soll und sie betonten die Dringlichkeit gemeinsamer Anstrengungen zum Wohle und zur Wiedervereinigung unseres getrennten Volkes, zur Abwehr der Kriegsgefahr und zur Erhaltung des Friedens für die Völker und für die Welt. Sie baten ihre Gläubigen in würdigen Worten, ihren Beitrag dazu zu leisten.

Der Regierende von Berlin und sozialdemokratische Kanzlerkandidat Willy Brandt hat im Namen seiner Partei diese Erklärung hoher und höchster katholischer Würden Träger begrüsst und damit Empfindungen angesprochen, die alle um die Zukunft unserer Nation besorgten Männer und Frauen teilen. Er hat auch gleichzeitig daran erinnert, dass eine von ihm geführte Bundesregierung die bedeutsame Öffentlichkeitsaufgabe der Kirche anerkenne, aus den Grundsätzen ihrer Glaubenslehre ihr unverkürztes Wort zu den allgemeinen Fragen des Lebens zu sagen.

"Eine sozialdemokratisch geführte Regierung wird den Kirchen Schutz ihrer Wirksamkeit und allen Bürgern volle Glaubens- und Gewissensfreiheit garantieren. Sie wird es insbesondere zu schätzen und zu fördern wissen, dass die brüderliche Gemeinschaft der Kirchen heute trotz allen Terrors zu den wenigen Klammern gehört, die den Zusammenhalt unseres Volkes darstellen".

Es war gut, dass dieses Wort wieder fiel, es entspricht der Grundeinstellung der Deutschen Sozialdemokratie. Sie hat in ihrem Godsberger Programm über alle Zweifel erhaben ihre Stellung als politische, im Politischen wirkende Partei abgegrenzt und den Kirchen das Recht ausdrücklich bestätigt, als "Salz der Erde" aus ihrer Glaubenshaltung Überzeugungstreu, sachgerecht und mit höchstem Eifer zu arbeiten. Der unseelige, viele Generationen vergiftende, die Entwicklung zur Demokratie hemmende Gegensatz zwischen Kirche und Sozialdemokratie, von Eiferern auf beiden Seiten oft künstlich hochgetrieben, gehört endgültig der Vergangenheit an. In der Sozialdemokratie sind Angehörige beider grossen Konfessionen in dem Bestreben vereint, dem Volk zu dienen, die Demokratie zu bewahren und zu schützen und die Nation als Ganzes durch die kommenden schweren Stürme in ruhige und friedlichere Gefilde zu leiten. Der Hirtenbrief der katholischen Bischöfe ist mit ein Wegweiser dazu.

Internationaler Tierschutz tut not!

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Die Transit-Transporte von Pferden durch die Bundesrepublik nach Italien und Frankreich zeigen erschütternde Tatsachen. Transporte aus Ländern hinter dem Eisernen Vorhang und aus der Sowjetzone, aus Jugoslawien, Ungarn und Polen gehen entweder über Österreich oder über die Bundesrepublik. Zeugenaussagen bekunden, dass nicht selten Pferde tot im Waggon vorgefunden werden. Bei den unglaublichen Transportverhältnissen, die auch eine neue Aktion in der Bundesrepublik erforderlich machen, ersticken die Pferde, weisen Erstickungsblutungen und hochgradige Lungenödeme auf. Die Pferde, die diese Transporte noch lebend überstehen, kommen krank, halb verhungert und fast verdurstet am Zielort an. Zur Abstellung dieser Mißstände sind internationale Verhandlungen dringend erforderlich.

Auch in der Bundesrepublik selbst muss erneut nach dem Rechten gesehen werden. Die Bundesbahn hat die deutschen Tierfreunde beruhigt durch den Erlass besserer Transportbestimmungen, mit denen man sich einverstanden erklären konnte. Durch das jetzt veröffentlichte Gesetz, das ein Ausfuhrverbot für Schlachtpferde ausspricht, erlauben künftig Transporte von Schlachtpferden in der Bundesrepublik nur noch innerhalb unseres Staates. Die Bundesbahnvorschriften sehen den Begleiterzwang vor. Ich bin darüber unterrichtet, dass diese Vorschriften umgangen werden. Es wird die Aufgabe des neuen Bundestages sein, auch hier nach dem Rechten zu sehen und es wird die Aufgabe der künftigen Bundesregierung sein, für eine internationale Verständigung auch auf diesem Gebiete zu sorgen.

Ich bin glücklich, dass mir Willy Brandt vor kurzem schrieb: "Wenn ich die Führung der neuen Bundesregierung zu übernehmen habe, dann wird es eine von mir ernst genommene Aufgabe sein, zusammen mit den Tierfreunden im Deutschen Bundestag und in den Ländern für ein modernes und umfassendes Tierschutzgesetz zu sorgen und damit auch jenen Staaten eine Anregung zu geben, bei denen die Tierschutzgesetzgebung noch sehr im Argen liegt."

+ + +

Die Versäumnisse der Finanzpolitik

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Auf vielen Gebieten der Finanzpolitik sind die bestehenden Regelungen auch von der Bundesregierung wiederholt als unzureichend bezeichnet worden. Aber bisher ist herzlich wenig geschehen, um die als notwendig erkannten Maßnahmen auch durchzuführen. Das beste Beispiel hierfür ist das Haushaltsrecht, das schon seit 1950 sowohl von der Regierung als auch durch einmütige Willensäußerungen des Bundestages als reformbedürftig bezeichnet worden ist. Auch von Seiten der Wissenschaft und der Praxis wurde die Notwendigkeit einer Haushaltsreform immer wieder betont. Heute, nach drei Wahlperioden, die uns hunderte von neuen Gesetzen und mindestens ebenso viele Gesetzesänderungen gebracht hat, sind wir immer noch so weit wie im Jahre 1950; es wird auch in der neuen Wahlperiode nach dem antiquierten Haushaltsrecht der Weimarer Republik gearbeitet werden müssen. Die CDU-Regierung hat es während der vergangenen 12 Jahre nicht fertig gebracht, ein modernes Haushaltsrecht zu entwickeln, sie hat noch nicht einmal ein Konzept über die tragenden Gedanken einer Reform vorgelegt. Ein recht klägliches Ergebnis, das umso erstaunlicher ist, als bereits in den Allgemeinen Vorbemerkungen zum Bundeshaushaltsplan 1955 über die in Gang befindlichen Reformarbeiten berichtet wurde.

Hinhaltende Erklärungen

Aus dieser allerdings recht spärlichen Veröffentlichung ist ersichtlich, dass zu dieser Zeit (1955) ein Arbeitsstab Haushaltsrecht bestanden hat. Dieser Arbeitsstab ist aber offensichtlich sanft entschlafen oder "entschlafen" worden. Auch der wissenschaftliche Beirat des Bundesfinanzministers sollte sich mit dem Problem auseinandersetzen, wie aus der gleichen Bekanntmachung zu entnehmen ist. Ähnlich war jedoch nie etwas über die Arbeiten oder über die Einstellung der Reform zu erfahren. Auch irgendwelche Ergebnisse sind zu keiner Zeit veröffentlicht worden.

Bei der Schwierigkeit der Materie kann eine parlamentarische Gesetzes-Initiative kaum erwartet werden. Im Bundestag wurde aber in den vergangenen Jahren - besonders von Seiten der SPD-Abgeordneten des Haushaltsausschusses - wiederholt auf die Inzulänglichkeit des Haushaltsrechts hingewiesen und die mangelnde Tatkraft der Regierung kritisiert. Trotz Unterstützung der SPD-Forderungen durch die Abgeordneten der Regierungspartei ist die Kritik von der Bundesregierung nur mit ausweichenden und hinhaltenden Erklärungen beantwortet worden.

Die Hoffnung, dass der Reisebericht einer kleinen Gruppe von Abgeordneten des Haushaltsausschusses - unter Führung des Vorsitzers Erwin Schoettle - , die auf Einladung der USA-Regierung im Jahre 1955 die amerikanischen Budgetverhältnisse studierte, die Arbeiten der Bundesregierung an einem modernen Haushaltsrecht voranbringen würden, haben sich nicht erfüllt. Dieser, dem Bundestag am 12. Oktober 1955 erstattete schriftliche Bericht, vermittelt noch heute wichtige Erkenntnisse und schloss mit einem 10 Punkte-Programm für eine eigene Haushaltsreform:

1. Konzentration des parlamentarischen Prüfungsverfahrens auf die wesentlichsten Haushaltsansätze, insbesondere die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Fonds; dafür Bewilligung des Verwaltungsaufwands in einem mehrjährigen Rhythmus, unter Umständen Prüfung dieses Aufwands nicht nur im letzten Vierteljahr vor Beginn des Rechnungsjahres, für das er neu bewilligt werden sollte.
2. Umstellung des Rechnungsjahres auf das Kalenderjahr.
3. Abschaffung des ausserordentlichen Haushalts, aber Schaffung eines Kapital(Investitions)-Haushalts.
4. Zusammenfassung der Ausgaben nach zusammengehörigen Aufgabengebieten (Funktionen) in den Allgemeinen Vorbemerkungen unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des institutionellen Rahmens des Haushaltsplans. Stärkere Berücksichtigung der funktionalen Zusammenhänge in den institutionellen Einzelplänen.
5. Stärkere Berücksichtigung des Leistungsgedankens in den Erläuterungen der Einzelpläne, wo dies nach der Art der von den Behörden zu erledigenden Aufgaben möglich ist.
6. Ergänzung der Haushaltsvorschriften durch Bestimmungen über die Vermögensrechnung des Bundes.
7. Neuregelung des Verkaufs und Erwerbs von Gesellschaftsanteilen und sonstigen Vermögenswerten in der Haushaltsordnung. Ordnung der staatswirtschaftlichen Betätigung des Bundes und Schaffung allgemeiner Bewirtschaftungsgrundsätze.
8. Anpassung veralteter Vorschriften an moderne Erkenntnisse; Zulassung der mechanisierten Buchführung, Rechnungslegung usw.; organisatorische und sachliche Anpassung des Kassenwesens an die damit geschaffenen Zusammenfassungsmöglichkeiten.
9. Verankerung und Stärkung der Stellung des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Haushaltsordnung.
10. Moderne Klassifikation der Einnahmen und Ausgaben.

Untätige Bundesregierung

Die Tatsache, dass zwei dieser Grundforderungen - die Umstellung des Rechnungsjahres auf das Kalenderjahr und die Einführung einer Vermögensrechnung - inzwischen auf andere Weise verwirklicht wurden, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bundesregierung auf dem Gebiet der Haushaltsreform untätig geblieben ist. Die Umstellung des Rechnungsjahres wurde auf Drängen des Bundestages vorgenommen, und zwar nach wiederholten Initiativanträgen. Bei der Vermögensrechnung war der Bundesrechnungshof die treibende Kraft. Ihm verdanken wir in erster Linie die seit 1955 in Kraft befindlichen Vorschriften über die Buchführung und Rechnungslegung für das Vermögen des Bundes. Diese Vorschriften sind heute immer noch "vorläufig" und entsprechen keineswegs den Vorstellungen einer modernen Vermögensrechnung. So wird z.B. in der Einführung zu dieser vorläufigen Vorschrift recht bescheiden darauf hingewiesen, dass es der Zukunft überlassen bleibe, inwieweit die Vermögensrechnung des Bundes durch eine Zusammenfassung von Geld- und Sachwertrechnung zu einer echten Wertrechnung ausgebaut werden könne. Die Zukunft hat aber schon vor acht Jahren begonnen.

Eine SPD-Bundesregierung wird daher auch die ungelösten Probleme des Haushaltsrechts in Angriff nehmen, um die Versäumnisse der Vergangenheit nachzuholen.

Die Revolution im Asien der Asiaten

Von Erwin Erasmus Koch

Wir setzen die Artikelreihe des Schriftstellers Erwin Erasmus Koch fort, die unter dem Thema "Berlin und die blutenden Grenzen von Hindukush bis Hongkong" steht. "Die Revolutionen im Asien der Asiaten" sind Teil eines Kapitels des Buches unseres Mitarbeiters "Gelbe Götter, Goldene Kaiser, Rote Sterne" - "Zehntausend Jahre Asien", Nest-Verlag, Frankfurt/Main, 1961.

Die Redaktion

Während die Lage in Hinterindien, dem tausendjährigen Kulturraum Chinas, undurchsichtig wie je erscheint, hat die Regierung von Peking neuerdings in den Streit Indiens und Pakistans um Kashmir eingegriffen. Eine Delegation Mao Tse-tungs besichtigte vor kurzem die aufwachsende neue pakistanische Hauptstadt Islambad, die so dicht vor Rawalpindi liegt wie etwa Bad Godesberg vor Bonn. Die Gespräche der pakistanischen und kommunistischen Diplomaten galten der "Regelung von Grenzfragen" zwischen China und Pakistan. Der Machthaber hinter dem "Tor des Himmlichen Friedens" zu Peking trachtete damit, den Stachel im Fleische Indiens und des Moslem-Staates tiefer zu treiben. Die Verhandlungen um die Festsetzung einer endgültigen Demarkationslinie in dem von den Pakistani besetzten Teil Kashmirs gegenüber der grossen asiatischen Volksrepublik gingen unterdessen weiter. Ein Sprecher der Regierung des Feldmarschalls Ayub Khan erklärte mir dazu: "Wir verhandeln, und mehr ist bisher nicht geschehen". Mao Tse-tung hatte offensichtlich zugleich den Befehl zur Entfaltung einer Freundschaftsoffensive über ganz Südostasien erteilt. Ihre Erfolge dokumentierten entsprechende Vertragswerke mit dem "Sowjetmodell Afghanistan", weiter mit Nepal, Burma und Kambodja.

Ring um Indien

Welche Bedeutung war dieser Freundschaftsoffensive insbesondere beizumessen? Der "Dschusi", der "Vorsitzende" - oder "Führer" (wie man will) der "Partei der Güterverteilung", der KPCh, schmiedete einen Ring um Indien, seinen grössten Widersacher in dem Kampf, dessen Ziel für Mao Tse-tung die Errichtung der Diktatur der Volksdemokratie über Asien bleibt. Die Republik Indien sollte und soll weiterhin isoliert werden. Der "Dschusi" verbreitete unter den kleiner Anrainern Chinas Furcht, aber er weckte auch Ergebenheit im fortwährenden Schwelen der Unruhen innerhalb der Völkerschaften der Gelben Rasse, die sich dem "grossen Mutterland der asiatischen Proletarier" verbunden fühlen.

Wer Asien heutzutage verstehen und die Verhältnisse beurteilen will, sollte sich dessen bewusst bleiben, dass fast endlose Ketten von Bauernaufständen die Geschichte des volkreichsten und grössten Erdteils formten. Sie begannen unter den ersten "Söhnen des Himmels", den legendären Heiligen Kaisern der Reiche, aus denen im Norden China entstand, und sie begannen im Süden gewiss schon vor den Zeiten der Aryas, den arischen Einwanderern, die vor fünftausend Jahren ihre überlegene Waffe, Pferd und Wagen, mitbrachten. Sie endeten, soweit sie sich im

Torso Chinas ereigneten, mit der Machtergreifung des "Dschusi" Mao Tse-tung. Danach setzten sie sich über die Dschungel Hinterindiens unter der Parole Maos fort, die lautete und unentwegt fordert: "Alles Land den Pflüger!" Währenddessen formte sich das zunächst in vielen Zügen noch neutralistische Gesicht des Asiens der Asiaten, in dem Maße, wie die einst kolonialen Staaten ihre Selbständigkeit erhielten. Gebilde entstanden, für die Sukarno für Indonesien, aber bezeichnend für alle auf der Bantung-Konferenz sagte: "Das Erstaunliche erscheint mir, dass wir überhaupt noch existieren!" Die Massen der Völkerschaften ausserhalb Chinas ahnen jedoch nichts vom Imperialismus der grossen Volksrepublik im Norden; sie ahnen schwerlich, wie fragwürdig die Souveränität ihrer Nationalstaaten im Grunde blieb. (Wir schliessen davon selbstverständlich Indien und Pakistan aus.)

Am Beispiel Burmas

Der "Dschusi" nutzte die Gunst der Umstände. Das Beispiel Burmas machte es deutlich, wie Mao vorging. Ehe die East India Company ihr Banner zusammen mit dem Union Jack in zwei Burma-Krieger "siegreich wehen" liess, bildete im späteren Reiche Pyee-Daung-Su-Myanma-Naing-gan (so lautet der offizielle Name für die Union von Birma) eine Art Urkommunismus - noch während des neunzehnten Jahrhunderts - die übliche Form dörflicher Wirtschaft. Die Ländereien gehörten allen, der Gemeinschaft der Menschen jeder Siedlung. Als die Briten diese Überlieferung zugunsten der persönlichen Eigentumsbildung an Grund und Boden änderten, entsprachen die Erfolge keineswegs den Absichten der reformeifrigen Gouverneure. Wenn es auch nur wenig verlässliche Zahlen gibt, so genügen sie doch, um das charakteristische Bild schlagartig zu erhalten: 1870 lebten in Unter-Burma rund eine halbe Million aus dem Gemeineigentum gelöster, selbständiger Reisbauern. Es gab nur ungefähr dreissigtausend Pächter. 1931 dagegen stellte eine Zählung fest, dass (nach einer sprunghaften Vermehrung der Bevölkerung) 1,5 Millionen Burmesen in den Reisgebieten keinen Grund und Boden mehr besaßen. Er war vor der Kolonisierung unveräusserlich gewesen und dann für jedermann frei verfügbar geworden. Es zeigte sich, dass bald danach 60 Prozent der Reisfelder Kapitalisten in Übersee oder des Archipels gehörten.

Diktatur der "Volksdemokratien"

Ein Symptom, wie gesagt, eine Deutung dafür, wie sehr Südostasien allgemein für die Guerillas Mao Tse-tungs sturmreif wurde. Die grosse Freundschaftsoffensive tat ein Übriges. Die dargebotene Hand des Dschusi wagte niemand auszuschlagen. Über die einst zerbombte, verlichtigte "Burmastrasse" (von Tschungking nach Oberburma) kamen Instruktoren und Agenten der "Partei der Güterverteilung". Der Boden Burmas erwies sich also für die kommunistische Saat Chinas ausserordentlich gut bestellt, wofür auch später der bereits erwähnte, an Tschou En-lai verliehene Titel "Erhabener Förderer eines ganz grossen Friedens" zeugte. Tschou brachte an der Spitze von vierhundertfünfzig Diplomaten und Funktionären aus der Schule Mao Tse-tungs einen Kredit im Werte von 300 Millionen D-Mark mit nach Rangun und einen Grenzvertrag.

Alle Aktivität des Dschusi in Südostasien drückte das nach seinem Willen erzielte Fazit der Moskauer Gipfelkonferenz vom November 1960 aus: Die allmähliche kommunistische Machtergreifung in den für Entwicklungshilfen bedürftigen "Nationaldemokratien". Die Strategie des Dschusi der "Partei der Güterverteilung" zeichnete sich deutlich ab: Von den Nationaldemokratien zur "Diktatur der Volksdemokratien." - Drängt sich nicht auch die Parallele zu Berlin auf?

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel